

Europäische und serbische NGOs bringen Jadar-Lithium-Fall vor das Gericht der Europäischen Union

Berlin, 22.07.2026: Nachdem die Europäische Kommission einen Antrag auf interne Überprüfung abgelehnt hat, mit dem der Status des serbischen Lithium-Projekts Jadar als „Strategisches Projekt“ infrage gestellt wurde, ziehen die zivilgesellschaftlichen Organisationen Green Legal Impact Germany, das Centrul Independent pentru Dezvoltarea Resurselor de Mediu (Rumänien) und Marš sa Drine (Serbien) nun vor das Gericht der Europäischen Union (EuG).

Es geht bei diesem Schritt um eine grundsätzliche Anfechtung einer EU-Entscheidung. Sie wirft die Frage auf, wie Europas grüne Transformation, Umweltpolitik und demokratische Kontrolle künftig zusammenspielen sollen. Mit der Zuerkennung des strategischen Status läuft die Kommission Gefahr, Effizienzinteressen über geltendes Umweltrecht, Menschenrechtsschutz und echte Bürgerbeteiligung zu stellen.

Das Projekt des internationalen Minen-Konzerns [Rio Tinto](#) gefährdet mit seiner geplanten Lithium- und Borphörderung wichtige Trinkwasserressourcen und droht, die Biodiversität und die Lebensgrundlage der Menschen in der Region zu zerstören. Die EU und insbesondere die deutsche Automobilindustrie versuchen sich den Zugang zu dem begehrten Rohstoff zu sichern.

Ein Prüfstein für die EU-Politik und die Beziehungen zu Beitrittskandidaten

„Angesichts des wachsenden globalen Wettbewerbs um kritische Rohstoffe – bis hin zu Kriegen um Mineralien – muss die Europäische Kommission Führungsstärke zeigen, die auf Rechtmäßigkeit, Transparenz und der Achtung von Grundrechten beruht“, sagt Bojana Novakovic von Marš sa Drine. „Dieser Fall ist ein Test dafür, ob der Umgang der EU mit strategischen Projekten den Prinzipien entspricht, für die sie zu stehen behauptet.“

Der Ausgang des Verfahrens wird weitreichende Folgen für die Umsetzung des Gesetzes über kritische Rohstoffe (CRMA) haben. Eine positive Entscheidung würde bestätigen, dass Umwelt-, Sozial- und Rechtsstandards nicht der strategischen Einstufung untergeordnet werden dürfen.

Rechtliche Grundlage der Klage

Das Centrul Independent pentru Dezvoltarea Resurselor de Mediu fordert – unterstützt von Green Legal Impact Germany und Marš sa Drine (Serbien) – dass der Gerichtshof prüft, wie die EU Projekte im Rahmen des CRMA als „strategisch“ einstuft, und insbesondere, ob Transparenz, Umweltschutz und öffentliches Interesse dabei ausreichend berücksichtigt wurden.

Die zentralen Kritikpunkte der NGOs:

- **Unzureichende Begründung** – Die Kommission ist auf die im Überprüfungsantrag vorgebrachten Argumente nicht hinreichend eingegangen.
- **Falsche Rechtsgrundlagen** – Die Kommission hat bei ihrer Umweltprüfung die falsche Rechtsgrundlage herangezogen. Bei Projekten in Drittländern reicht gemäß dem CRMA eine „allgemeine“ Bewertung nicht aus, sondern es ist eine eingehendere Prüfung erforderlich.
- **Frühere Verstöße ignoriert** – Die Kommission blendet Belege für frühere Regelverstöße aus – das untergräbt die Glaubwürdigkeit des gesamten Verfahrens.

- **Menschenrechte an den Rand gedrängt** – Zwar erkennt die Kommission menschenrechtliche Bedenken an, in der Praxis werden sie aber faktisch für irrelevant erklärt.
- **Aarhus-Prinzipien unterlaufen** – Zentrale Umweltunterlagen bleiben unzugänglich, während der Zivilgesellschaft hohe Nachweispflichten auferlegt werden. Das stellt die EU-Verpflichtungen zu Transparenz und Zugang zu Gerichten auf den Kopf.
- **Strategischer Status ohne tragfähige Begründung** – Einem brachliegenden, rechtlich noch ungeklärten Projekt den strategischen Status zuzuerkennen, widerspricht sowohl dem EU-Recht als auch dem Verhältnismäßigkeitsgrundsatz.

„Die Entscheidung der Kommission krankt an einer unzureichenden Begründung, an inneren Widersprüchen, an einer vorschnellen Unterordnung unter nationale Behörden und Unternehmenszusagen – und an der Missachtung grundlegender Transparenz- und Umweltstandards“, sagt Henrike Lindemann von Green Legal Impact Germany.

Der Fall reicht über Jadar hinaus: Er wirft grundsätzliche Fragen zum Umgang mit Bergbauprojekten in Dritt- und Beitrittsländern auf – gerade dort, wo lokale Gemeinschaften Vorhaben mit belegten Umwelt- und Sozialrisiken und breitem öffentlichen Widerstand anfechten. Die NGOs streben eine Entscheidung an, die Rechenschaftspflicht, Transparenz und die Einhaltung von EU-Umwelt- und Menschenrechtsstandards stärkt.

Marš sa Drine (www.marssadrine.org) ist eine zivilgesellschaftliche Initiative und Bewegung in Serbien, die sich für den Schutz fruchtbarer Böden, biologischer Vielfalt und Menschenrechte einsetzt, um den Abbau von Lithium und Bor zu verhindern – durch rechtliche Schritte, internationale Zusammenarbeit, Gemeinschaftsorganisation und Öffentlichkeitsarbeit, getragen von einem Bekenntnis zu Menschenrechten, den Rechten der Natur und kollektiver Fürsorge.
Instagram und Twitter: @mars_sa_drine

Über Green Legal Impact Germany e.V. (GLI): Green Legal Impact Germany e.V. (GLI) ist eine juristische Umweltorganisation. GLI nutzt das Recht und den Rechtsstaat, um Umweltschutz und Menschenrechte zu stärken. Dazu stärkt GLI zivilgesellschaftliche Akteure in Deutschland und weltweit, das Recht zu verstehen, anzuwenden, und zu verbessern.

Für Rückfragen

Henrike Lindemann

Geschäftsführerin Green Legal Impact Germany e.V.,

Tel. +49 30 235 97 79-61, lindemann@greenlegal.eu